

Ohne Briten in der Bredouille

Wie sich ein Abzug der britischen Streitkräfte aus der Region bemerkbar machen würde

VON ANNEKE QUASDORF

■ **Bielefeld.** Vom Ausgang der britischen Wahlen ist Ostwestfalen-Lippe normalerweise wenig betroffen. Dieses Mal ist das anders. Sollten die britische Konservativen gewinnen, wollen sie alle in Deutschland stationierten Streitkräfte abziehen. Das hätte gravierende Konsequenzen für die Region, leben hier doch rund 20.000 britische Armeeingehörige.

Größter Standort ist Paderborn mit 9.000 Briten, davon sind 3.300 Soldaten, der Rest fällt unter die Bezeichnung „zivilis Gefolge“. Danach kommt Gütersloh mit 6.800 Briten, darunter 3.000 Soldaten. In Herford sind 1.900 Armeeingehörige untergebracht, die Zahl der Soldaten beläuft sich auf 950. In Bielefeld sind es ebenfalls 1.900 Briten, darunter 920 Soldaten.

Sie alle leben nicht nur in Kasernen, sondern haben auch private Wohnungen angemietet – nach Angaben von Claudia Göhler von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben meist für zehn Jahre. „Entsprechend nachhaltige Spuren würde ein Abzug auf dem Wohnungsmarkt hinterlassen“, sagt Harald Rempe, Sprecher des Maklervereins Gütersloh. Allein im Kreis Gütersloh stünden dann 1.018 Wohnungen leer, im Kreis Paderborn wären es 950, in Bielefeld 356 und in Herford 122. „Mit einem solch riesigen Immobilienangebot würden die Miet- und Verkaufspreise stark gedrückt“, sagt Johannes Leßmann vom Gutachterausschuss der Stadt Paderborn. „Außerdem müssten wir zunächst mit einem großen Leerstand auskommen.“ Ein Leerstand, der sich nicht nur auf einzelne Wohnungen beziege, sondern die Kommunen in die Pflicht nähme, auch große Flächen im Stadtgebiet umzunutzen: So stehen in Paderborn sieben Kasernen, Bielefeld verfügt über zwei, Gütersloh ebenfalls – dazu kommt der Flughafen –, und in Herford stehen drei Quartiere.

„Das wären riesige Areale und somit eine große Herausforderung an die Stadtplanung“, sagt René Schilling, Pressesprecher der Stadt Herford. Eine Herausforderung, für die es in Güters-

loh bereits Pläne gibt: „Die Stadt braucht dringend Gewerbeflächen, das ist auf jeden Fall eine Option“, sagt Pressesprecherin Susanne Zimmermann.

Doch nicht nur auf dem Wohnungsmarkt, auch in den Stadtkassen würde sich ein Abzug emp-

findlich bemerkbar machen. Denn das Gemeindefinanzierungsgesetz sieht eine Bedarfszuweisung für jene Kommunen vor, die Gaststreitkräfte beherbergen – solange die Armeeingehörigen 1,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Das ist in Paderborn und Gütersloh der Fall. „Wir haben im vergangenen Jahr 1,3 Millionen Euro aus dem Topf erhalten“, sagt Marita Dun-

ker, Sachbearbeiterin in der Paderborner Kämmerei. In Gütersloh waren es rund eine Million Euro. „Dieses Geld ist in den Ausbau und die Instandhaltung der Infrastruktur geflossen“, sagt Norbert Monscheidt, Abteilungsleiter Finanzen bei der Stadt Gütersloh. „Wenn es fehlen würde, wäre das erst mal eine große Belastung für den städtischen Haushalt.“

»Starke Kunden im Einzelhandel«

Eine Einschätzung, die auch auf den heimischen Einzelhandel zutrifft. „Zwar ist es unmöglich, hier genaue Zahlen zu liefern“, sagt Thomas Kunz, Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes OWL, „aber mit dem Abzug tausender Menschen ginge natürlich auch Kaufkraft verloren.“ Fraglich sei, wie weit sich die Briten in eigenen Supermärkten auf Militärgelände versorgen. „Mit Sicherheit sind sie aber auch starke Kunden im örtlichen Einzelhandel.“

Die Briten in der Region sind somit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor – der in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen würde, sollten sie bleiben. Denn die Streitkräfte wollen ihre Standorte erweitern und modernisieren, unter anderem Schulen, Medical Centers und Wohnhäuser errichten. Investitionsvolumen: rund 60 Millionen Euro. Inwieweit das Wahlkampfprogramm der Konservativen dieses Vorhaben bedroht,

ist unklar. „Dazu können wir zu diesem Zeitpunkt überhaupt nichts sagen“, so Helga Heine, Sprecherin der britischen Streitkräfte in Deutschland. „Fest steht: Die Pläne existieren noch, stehen aber unter dem Finanzierungsvorbehalt der britischen Regierung. Wir warten auf eine Entscheidung.“

Abwarten müssen auch die Streitkräfte an den unterschiedlichen Standorten. „Wir waren selbst überrascht über die Ankündigung der Opposition“, sagt Tony Domeisen, Verbindungsoffizier in Herford. „Handeln können wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht.“ Sicher ist sich der Offizier, dass viele Soldaten einen Abzug bedauern würden: „Wir haben uns hier immer wohlfühlt.“

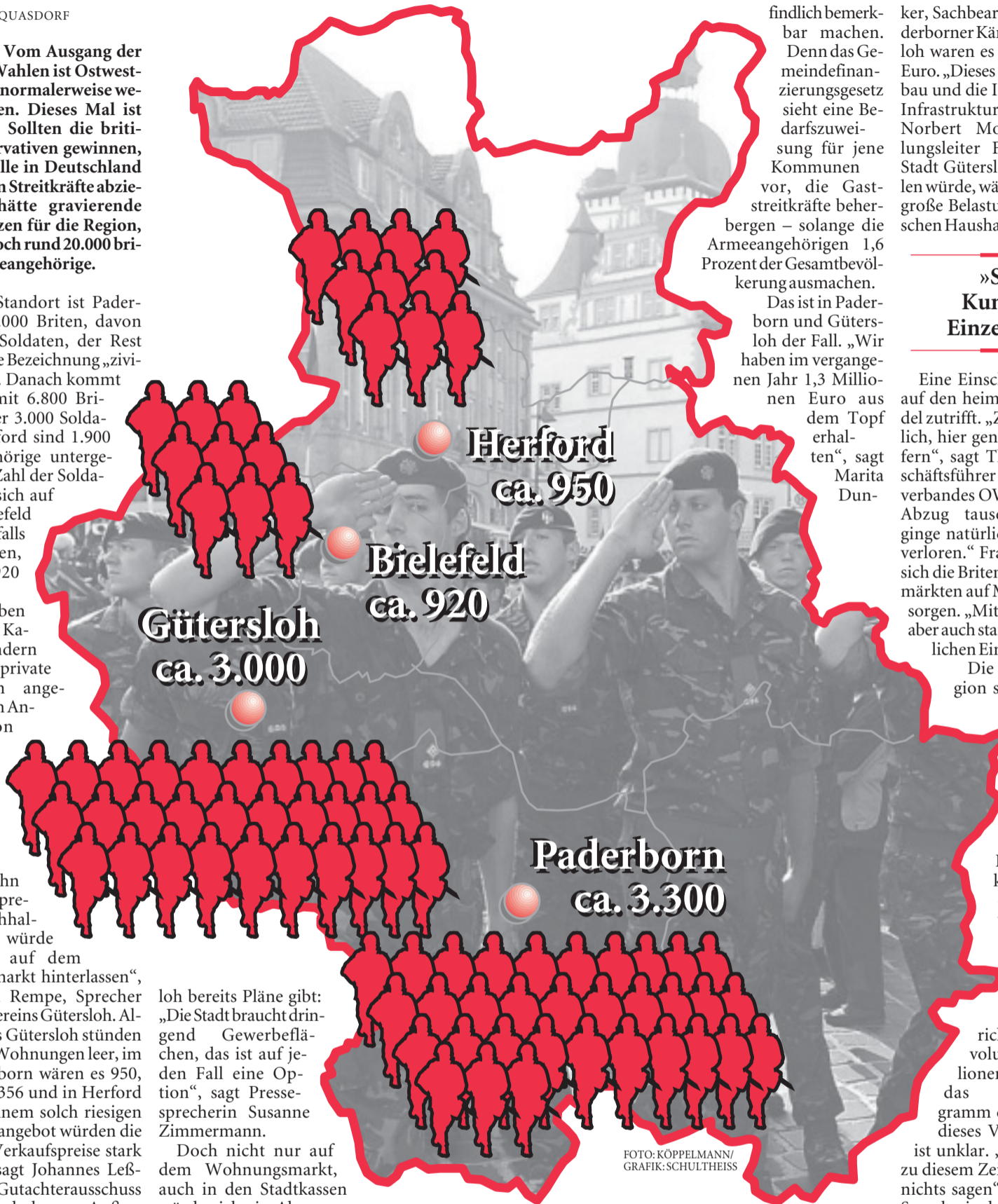


FOTO: KÖPPELMANN/
GRAFIK: SCHULTHEISS

Streit um Nationalpark Senne geht weiter

■ Zwar haben sich die britischen Streitkräfte, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und das Ministerium für Umwelt und Naturschutz jetzt vertraglich verpflichtet, Natur und Landschaft rund um die Truppenübungsplätze Senne und Stapel zu schützen. Der Naturschutzbund (NABU) NRW ist jedoch nicht zufrieden mit der Vereinbarung, die in den Augen seiner Mitglieder den Vorrang der militärischen Nut-

zung der Gebiete zementiert. „Der NABU ist entsetzt darüber, wie das Umweltministerium sich seiner Verpflichtung entledigt, dafür Sorge zu tragen, dass die EU-Naturschutzrichtlinien in der Senne und auf weiteren Truppenübungsplätzen in NRW umgesetzt werden“, so der Vorsitzende Josef Tumbrinck. Zudem zeuge es von schlechtem Stil, die Verbände anscheinend zu beteiligen und dann ohne vorherigen

Austausch eine solche weitreichende Vereinbarung zu unterzeichnen. Ein besonderer Kritikpunkt der Naturschützer: Der Vertrag schreibt vor, den Truppenübungsplatz bei laufender militärischer Nutzung nicht mehr als Nationalpark auszuweisen. „Damit verbaut das Ministerium eine Chance zur Regionalentwicklung“, sagt Ute Röder, Vorsitzende des Fördervereins Nationalpark Senne/Eggegebirge. (aq)